



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10599**  
Datum: 04.04.2012  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.04.2012	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum vernetzten Arbeitsbereich Energiemanagement**

Dem Stadtrat wurde im März ein „Energiebericht 2011“ vorgelegt. Dieser Bericht lässt die Überlegung zu, besser vernetzte Ansätze z. B. für leerstehende städtische Immobilien und Flächen über die Koordination verschiedener Ämter (Planung, Ausbau und Nutzung, Grünflächen, hochwertige energetische Sanierung, Vermarktung) zu schaffen. Dabei scheint eine vernetzte Lösung über einen Energiemanager sinnvoll.

Wir fragen daher die Stadtverwaltung:

Gibt es einen im Querschnitt angeordneten, vernetzenden Arbeitsbereich Energiemanagement innerhalb der Stadtverwaltung?  
Wo ist dieser angesiedelt, welche Ansätze oder Ergebnisse gibt es?

Wenn nein, gibt es entsprechende Planungen?  
Oder sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit bzw. die skizzierten Aufgaben ausreichend abgedeckt?  
In letzterem Falle bitten wir um eine nachvollziehbare Begründung.

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion

**TOP: 8.7**

**Stadtrat am 25.04.2012**

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum vernetzten Arbeitsbereich Energiemanagement  
Vorlagen-Nr.: V/2012/10599**

Antwort der Verwaltung:

Ein vernetzter Arbeitsbereich Energiemanagement ist in der Verwaltung bereits implementiert. Im ZGM ist das Energiemanagement ein wichtiger Teil der Aufgabenstellung (Verbrauchsdatenmanagement, Energiecontrolling, Organisationen der Gebäudeleittechnik, Konzeption und Durchführung energetische Maßnahmen bei Gebäuden und baulichen Anlagen der Stadt et cetera ) und die Aufgaben des kommunalen Klimaschutzes sind im Umweltamt der Stadt angesiedelt.

Diese beiden Arbeitsbereiche kooperieren in allen Fragen des kommunalen Klimaschutzes, der sowohl die energetische zweckmäßige Nutzung eigener Liegenschaften, Gebäude bauliche und technischer Anlagen als auch die Förderung und Koordinierung von Klimaschutzmaßnahmen in Industriegewerbe und in der Bevölkerung umfasst.

Zwischen den kommunalen Verwaltungsstellen, die sich aufgabenbezogen mit den Fragen des Energiemanagements befassen finden regelmäßige Abstimmungen auf Arbeitsebene und in konzeptionellen Fragen statt.

Von der Deutschen Energie-Agentur für Städte, Landkreise und Gemeinden sind Konzepte für das Energie- und Klimaschutzmanagement entwickelt worden. Dieses Managementsystem beinhaltet Organisationsstrukturen und Prozesse, die aus Sicht der Agentur in einer Kommune geschaffen werden sollten, um die Energieeinsparpotentiale in allen Handlungsfeldern kontinuierlich zu heben. Gleichzeitig wird in diesem Konzept aufgezeigt, in welchen Handlungsfeldern eine Kommune tätig werden sollte, um eine nachhaltige kommunale Energiewirtschaft aufbauen zu können.

Danach sind folgende 4 Handlungsfelder von Bedeutung:

1. Gebäude
2. Energiesysteme
3. Verkehr
4. Stromnutzung/ Technische Anlagen

Der aktuelle Energiebericht geht auf wesentliche Aspekte dieser Handlungsfelder ein und zeigt Möglichkeiten zur Verbesserung der bestehenden Situation auf.

Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs sind in der Regel mit technischen oder baulichen Maßnahmen verbunden. Deren Umsetzung erfordert jedoch häufig zunächst Investitionen. Sie können daher Zug um Zug umgesetzt werden, soweit entsprechende Eigenmittel der Stadt zur Verfügung stehen bzw. aus externen Programmen akquiriert werden können.

Die Aspekte des kommunalen Klimaschutzes werden im Klimaschutzkonzept dargestellt, dessen Erarbeitung federführend vom Umweltamt konzipiert und betreut wird. Dabei kooperiert das Umweltamt eng mit dem EB ZGM. Die Ergebnisse und Vorschläge des Energieberichtes fließen auch in dieses Dokument ein und sorgen auf diese Weise für die Integration der unterschiedlichen Aufgabenbereiche des Energiemanagements und kommunalen Klimaschutzkonzeptes. Eine zusätzliche Struktureinheit würde aus Sicht der Verwaltung keine Voraussetzung für die Integration der Aspekte des Energiemanagements bewirken.